

Deutliche Abfuhr für Arme und Linke

Ausgabe vom 24. Juli 2014

Kein Staatsmann wie Villiger

Mit der neuen VOX-Analyse wurden wir aktiven Stimmberechtigten durchleuchtet. In meiner Analyse dieser schweizerischen Eigentor-Abstimmung sticht noch ein ganz anderes Kriterium ins Blickfeld des Schreckens, der Bundesrat. Walter Dürig schrieb in der Sicherheitspolitischen Information vom Dezember 2009: «Am 13. Februar 1989 übernahm Bundesrat Villiger die Führung des Eidgenössischen Militärdepartements. Er sagte mir, er habe am Projekt F/A-18 C/D grosse Zweifel.» Heute denke ich, Bundesrat Villiger liess sich von den Experten überzeugen. Dann, als glaubwürdiger Staatsmann, überzeugte er das Volk zum Erfolg F/A-18. Ganz anders ging es bei der Gripen-Abstimmung zu und her. Bundesrat Maurer als Departementeschef des VBS, Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, entpuppte sich als lieber Gripenfan bis zum «Geht nicht mehr». Sportlich topfit, aber verteidigungs- und bevölkerungsschutzmässig nur noch mit Floskeln statt ernsthafter Überzeugung. Wo blieb da der Staatsmann? Hermann Bigler

Hagenbuchstr. 27, 9000 St. Gallen

Joachim Löw bleibt Trainer Deutschlands

Ausgabe vom 24. Juli 2014

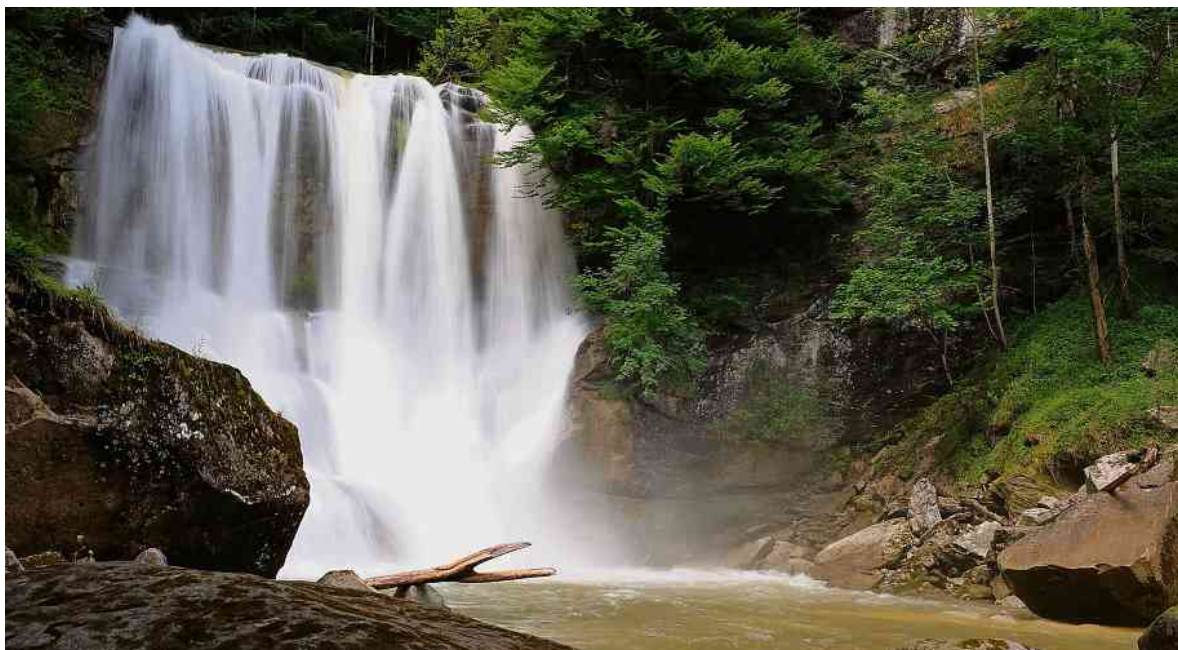
Joachim Löw ist Alemanne

In dem Artikel wird Joachim Löw wiederholt als «Schwabe» bezeichnet. Ich gehe davon aus, dass damit nicht der Schwabe als Deutscher im «negativen Sinn» gemeint war, sondern Löw als Angehöriger der Volksgruppe der Schwaben dargestellt werden sollte. Gerne möchte ich klarstellen, dass es in Baden-Württemberg neben den Schwaben (hauptsächlich Bewohner des Teiles Württemberg, etwa von Friedrichshafen östlich bis Bayern) noch eine weitere Volksgruppe gibt, die Badener beziehungsweise Alemannen (westlich von Friedrichshafen bis zum Elsass), zu der, neben Otmart Hitzfeld (geboren in Lörrach), auch Joachim Löw (geboren in Schönau im Südschwarzwald) gehört. Dass auch Baden, wie auch die Deutschschweiz und Voralberg, politisch einmal zu den Schwaben gehörte, ändert nichts an dieser Tatsache.

Gideon Franke
Guggenihof 21, 9016 St. Gallen

Leserbriefe

Das Forum dient der Meinungsäusserung unserer Leserinnen und Leser. Die abgedruckten Zuschriften stellen eine repräsentative Auswahl dar. Bevorzugt werden kürzere, kompakt verfasste Texte. Bei der Auswahl werden nur Leserbriefe bearbeitet, die nicht länger sind als 2000 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Für Texte zu Volksabstimmungen gilt eine Maximallänge von 1500 Zeichen und Beiträge für die Ostschweiz am Sonntag sind ebenfalls auf 1500 Zeichen beschränkt. Die Redaktion behält sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren, sie zu kürzen oder nur in Auszügen zu veröffentlichen. Sie kann darüber keine Korrespondenz führen. www.tagblatt.ch → Services → Leserbrief einsenden



Leserbild Im Regenwald

Franz Häusler fotografierte den Höchfall in Teufen.

Das definitive Nein aus Brüssel rückt näher

Ausgabe vom 25. Juli 2014

Vertragsbruch

Nun ist es offiziell. Die EU weigert sich, mit der Schweiz über das Freizügigkeitsabkommen nachzuverhandeln. Obschon der Vertrag Nachverhandlungen nicht ausschliesst. Mit der Begründung, dass die Freizügigkeit der Menschen einer der vier Grundpfeiler der Europäischen Union sei. Dabei übersieht die EU grosszügig, dass die Schweiz nicht Mitglied der EU ist und es auch nicht werden will. Obschon diese Haltung nach dem langen Vorgeplänkel zu erwarten war, entlarvt sich die EU damit als – gelinde gesagt – eigenartiger Vertragspartner.

In dieser Situation bleibt der Schweiz nur eine Option: Kündigung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU durch die Schweiz und gleichzeitige Kündigung jener bilateralen Verträge, die mit der «Guillotine-Klausel» gebunden sind. Kündigung durch den Bundesrat – und zwar sofort. Nach Information, nicht Konsultation, der zuständigen parlamentarischen Kommissionen.

Die Folge wird sein, dass zunächst sämtliche Wirtschaftsvorgänge unter einem vertragslosen Zustand weitergehen. Als nächstes wird der Bundesrat der EU die Voraussetzungen für ein neues Vertragsregelwerk nennen müssen: Ultimative Anerkennung der Schweiz als von der EU völlig unabhängiges souveränes Land. Ausschluss jeglicher «automatischer» oder «dynamischer» Rechtsübernahme im Rahmen der Vertragsbeziehungen. Im optimalen Fall müssten die betreffenden Verträge lediglich von Formulierung, welche eine «institutionelle Einbindung» betreffen, entschlackt werden.

Sollte sich im Bundesrat keine Mehrheit für dieses Vorgehen finden, so bleibt nur die Volksabstimmung.

Erwin Mächler
Wolkenberg, 9445 Rebstein

Schweizer haben Qual der Wahl

Ausgabe vom 22. Juli 2014

Ein Salto 500 Jahre rückwärts

So langsam sickert der Inhalt des Verhandlungsmandates der EU-Unterhändler gegenüber der

Schweiz durch: 1) Automatische Übernahme von EU-Recht; 2) Untersuchungs- und Entscheidungskompetenzen zwecks Durchsetzung dieser Forderung; 3) Unterstellung der Schweiz unter den europäischen Gerichtshof; 4) Ein langfristiges Abkommen, welches die finanziellen Beiträge an die EU gemäss einem bestimmten Mechanismus zementiert.

Wenn man dies so hört und liest, kommen einem längst vergangene Zeiten in den Sinn. Im Jahr 1485 stellte Maximilian I, der damalige Kaiser des Deutschen Reiches, zu dem auch die Schweiz anerkannter Massen gehörte, dieselben Forderungen: 1) Beitritt der Eidgenossen zum Schwäbischen Bund. Damit wollte er insgesamt den Süden seines Reiches näher an sich binden. 2) Stärkung und weitgehende Unterwerfung der Eidgenossen unter den Reichserbschhof. 3) Erlass des Reichspfennigs (Reichsteuer).

Die Eidgenossen liessen sich nicht auf Verhandlungen mit dem Deutschen Reich ein, worauf der Kaiser die «Kavallerie» losschickte. Es kam zu den

Schlachten im März 1499 in Schwaderloh und im Herbst 1499 in Dornach, welche der Kaiser verlor. Im ausgehandelten Friedensvertrag vom 15. November 1499 in Basel gestand der Kaiser der Eidgenossenschaft die volle Unabhängigkeit von seinem Reich zu.

Der damalige Widerstand hat sich wahrlich gelohnt. Heute, 515 Jahre später, versucht dasselbe politische Gebilde, nun unter dem Namen Europäische Union, angeführt von der deutschen Kanzlerin, die Schweiz ins Reich zu zwingen. Man hat das Gefühl, sie werde dabei tatkräftig vom Bundesrat und der Mehrheit der hiesigen Parlamentarier unterstützt. Sie werden jedenfalls nicht müde, uns fast täglich zu drohen, was uns alles widerfahren werde, wenn wir nicht die Interessen der EU, sondern unsere Interessen wahrnehmen. Man sieht offensichtlich die EU als Feind und nicht als Freund. Vermutlich stimmt das: Der Beitritt in die EU wird uns als Schritt in die Zukunft angepriesen. In Tat und Wahrheit ist es der Salto 500 Jahre rückwärts ins dunkle Mittelalter.

Ueli Gubler
Lettenstrasse 23, 9507 Stettfurt

Beschwerde gegen sieben Krankenkassen

Ausgabe vom 21. Juli 2014

Initiative präzisieren

Im Vergleich zu den Schlagwörtern wie «Prämienexplosion» und den leeren Versprechungen wie «die Prämien werden mit einer Einheitskasse sinken», mit denen die Initianten um sich werfen, kommt die sogenannte «Propaganda» der Krankenversicherer geradezu sachlich daher. In einem Kreisschreiben von 2008 (Kreisschreiben 7.6 des Bundesamts für Gesundheit, das auf dem Internet öffentlich zugänglich ist) steht, dass irreführende Aussagen richtiggestellt werden dürfen. Ebenso steht, dass bei hoher Komplexität des Abstimmungsgegenstandes Zusatzinformationen gegeben werden dürfen. Beides machen die Krankenversicherer. Die Initianten wären besser beraten, ihre Initiative zu präzisieren, damit man weiss, über was man überhaupt abstimmt. Fakt ist, dass die Einheitskasse primär aus schönen Versprechen besteht. Sie ist deshalb abzulehnen.

Daniel Jnglin
Büelstr. 26b, 9200 Gossau

Zur Sache: Westen muss Putin vor Alternative stellen

Ausgabe vom 21. Juli 2014

Waffen statt Hilfe für Syrien

Wenn Thomas Spang schreibt, Präsident Obama sorge für die notwendige «moralische Klarheit», kann ich das nicht nachvollziehen. Hat doch der Heuchler von Washington erst vor kurzem 500 Millionen Dollar beantragt für die Syrien-Hilfe. Aber nein, nicht als Nothilfe für die Bevölkerung, sondern für Waffenlieferungen an kriegsteilnehmende Gruppierungen. Damit der Krieg nicht vorschnell beendet wird. Die notleidenden Kriegsflüchtlinge können dann ja die Europäer (und Schweizer) aufnehmen. Merke: In fast allen Konflikten auf der Welt haben die Amerikaner ihre Finger drin – auch in der Ukraine gibt es blaue Männchen. Peter Lieberherr
Mettlenstrasse 24e, 9524 Zuzwil

Antisemiten als Trittbrettfahrer

Ausgabe vom 23. Juli 2014

Unerträgliche Hetzsprüche

Ein herzliches Dankeschön für den Artikel «Antisemiten als Trittbrettfahrer» von Walter Brehm! Endlich wagt es jemand, klar und deutlich das zu sagen, was schon lange hätte gesagt werden müssen: Das Drama um die Staatsgebilde, die auf biblischem Gebiet nicht in Frieden zusammenleben können, scheint in Menschen, die weitab in Sicherheit und in voller Unkenntnis über die Hintergründe dortiger Geschehnisse leben, die Schleusen des Antisemitismus erneut – wie schon in den 30er- und 40er- und erneut wieder in den 70er-Jahren – zu öffnen. Wie grauenhaft: Menschen wie Sie und ich – einfach anderen Glaubens – werden erneut auf unerträgliche Weise beschimpft, haben erneut mit den unerträg-

lichen Hetzsprüchen des Nazi-reiches unseligen Angedenkens zu leben. Arme Schweiz und armes Europa: Nur 81 Jahre nach Hitlers Machtergreifung ertönen dieselben unerträglichen, unmenschlichen Hetzsprüche, von gewöhnlichen Menschen, aber eben auch von sogenannten Staatsträgern! Margrith Bigler-Eggenberger
Dr. iur.
Krüsistr. 6, 9000 St. Gallen

Hamas, harmlos?

Masslos übertrieben seien wieder einmal die israelischen Reaktionen auf den Raketenbeschuss aus Gaza. So oder ähnlich klingt mindestens der Unterton vieler Nachrichten über die Lage im Gaza-Streifen. Als Friedenverwöhnte Schweizer urteilen wir hier selbstherrlich über einen Konflikt, der uns durch seine geographische Entfernung (noch) nicht bedroht.

Seine vertrackten Hintergründe kennen wir meist nicht, lassen uns aber von vielen Medien sehr wirkungsvoll desinformieren.

Zur Hamas («islamische Widerstandsbewegung»), dem Ziel der gegenwärtigen israelischen Gegenschläge: Ihre erklärte Absicht, die Zerstörung des jüdischen Staates, geht dem Wohl ihrer Schützlinge vor. So wird der Bevölkerung in Gaza «abgeraten», den israelischen Warnungen Folge zu leisten. Steigen die Opferzahlen von Frauen und Kindern, sind der Hamas fette Schlagzeilen in den arabischen und westlichen Medien gewiss. Das Geld freundlicher Europäer «investiert» sie in teure Raketen und Schmutzgetunneln. Seine ursprünglichen Empfänger wird dieses Geld somit nie erreichen. So «wohltätig» sich die Organisation vor ihrer Wahl gezeigt hat, so erbarmungslos hält sie nun ihre eigene Bevölkerung als Schutzschild gefangen. Nicht

einmal ein möglicher Raketen-treffer auf die Al-Aqsa-Moschee (die drittheiligste Stätte des Islams) schreie die Hamas ab. Würden wir Europäer bei Dauerbeschuss politisch korrekt weiter in die Kameras lächeln, bis die «Feuerwehr» zur Stelle wäre?

Eines steht fest: Bisher hat die «Nahost-Feuerwehr» gründlich versagt. Von der zahllosen UNO kann nichts erwartet werden, der amerikanische Aussenminister ist im wörtlichen Sinn seiner Illusionen beraubt und um das sogenannte «Quartett» ist es sehr still geworden. Wollen wir bequemen Schweizer den Israeli am und den Palästinensern im Gaza-Streifen Ruhe und Freiheit vergönner? Dass die Hamas ihre Position und Mittel bald ändern wird, ist unwahrscheinlich. Damit haben Hamas und «Feuerwehr» Israel den Krieg aufgezwungen. Pierre Herter
Stickerstr. 7, 9113 Degersheim